

Koalitionsvertrag ohne Finanzbildung

Finanzielle Bildung bedarf politisch einer stärkeren Fokussierung

Börsen-Zeitung, 30.4.2025
Nun liegt er vor, der Koalitionsvertrag. Nach zwischenzeitlich scheinbar widersprüchlichen Signalen aus dem Kreis der Verhandlungsführer ist auf 144 Seiten und mit 4.588 Zeilen ein Kompromiss gelungen, der sich für die neue Bundesregierung hoffentlich als tragfähig erweisen wird. Es ist ein Arbeitsprogramm. Maßgebend ist der Inhalt, nicht der Ausdruck.

Streckenweise fehlt der „rote Faden“ ebenso wie ein gekonntes Formulierungsvermögen. Insofern überzeugt die „A“- und weniger die „B“-Note. Dennoch, dem Anspruch, „Verantwortung für Deutschland“ zu tragen, ist nichts hinzu-zufügen. Er ist gleichermaßen realistisch wie pragmatisch. Nur so wird es der Koalition gelingen, sich auf die rasant verändernden geopolitischen wie ökonomischen Entwicklungen einzustellen, um unsere Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten.

Finanzplatz Deutschland stärken

Im 2. Kapitel werden unter dem Postulat „Wirkungsvolle Entlastungen, stabile Finanzen, leistungsfähiger Staat“ im Ab-



Prof. Dr. Thomas A. Lange

Vorstandsvorsitzender der National-Bank AG sowie Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes des privaten Bankgewerbes e.V.

schnitt „Haushalt, Finanzen und Steuern“ auch die finanzwirtschaftlichen Themen adressiert. Die Koalitionäre sind darin einig, einen leistungsfähigen Kapitalmarkt als ein industriepolitisches Ziel wahrzunehmen. Dazu wollen sie den Finanzplatz Deutschland stärken. Integraler Bestandteil dessen ist die Berücksichtigung der Belange kleinerer Banken und Sparkassen, um das „Bankensystem aus Sparkassen, Genossenschaftsbanken und Privatbanken“ zu erhalten.

Darüber hinaus ist es ihr Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu optimieren und den europäischen Binnenmarkt für Finanzdienstleistungen zu vollenden. Dazu soll die „Finanzregulierung“ vereinheitlicht, auf ein Goldplating verzichtet und schließlich die europäische Spar- und Investitionsunion beziehungsweise die Bank- und Kapitalmarktunion weiterentwickelt werden. Diese schließt eine risikoadäquate Ausgestaltung eines neuen europäischen Systems der Einlagensicherung unter den Voraussetzungen mit ein, dass es zum einen zwingend die Erfordernisse des dreigliedrigen Bankensystems berücksichtigt, zum anderen eine vergemeinschaftete europäische Einlagensicherung (EDIS) ohne Vorbedingungen verneint.

Finanzbildung nicht im Blick

Bemerkenswert ist, dass sich die Koalitionäre offenbar nicht haben dazu durchringen können, die Finanzbildung explizit mit auf die Agenda zu nehmen. Das gilt auch für jenen mit „Bildung, Forschung und Innovation“ überschriebenen Abschnitt – obwohl Demokratie- oder MINT-Bildung ebenso wie die Weiterbildung adressiert werden. Dabei ist gerade die Finanzbildung das ungeschriebene Tatbestandsmerkmal für den Anspruch eines leistungsfähigen Kapitalmarkts. Zwar ist Bildung verfassungsrechtlich Ländersache, gleichwohl dürfte unstreitig sein, dass ohne eine konzertierte Bund-Länder-Aktion die notwendige Bildung nicht dort ankommt, wo sie erforderlich ist. Dies umso mehr, als die Förderung der Finanzkompetenz eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist.

Internationalen Erhebungen zufolge fühlen sich Menschen in Deutschland finanziell unzureichend gebildet. Das Resultat daraus lässt sich an den Ergebnissen zahlreicher Studien und Befragungen ablesen. Im Europavergleich ist sowohl die Aktionärs- als auch die Eigentumsquote weit unterdurchschnittlich ausgeprägt. Der Anteil kapitalgedeckter, privater und betrieblicher Renten an der gesamten Altersversorgung ist ebenfalls vergleichsweise niedrig.

Das ist umso bemerkenswerter, als die Sparquote eine der höchsten in Europa ist. Die volkswirtschaftlichen Konsequenzen sind offensichtlich: Die Potenziale des privaten Sektors bleiben bei Investitionsvorhaben und der Entlastung des Rentensystems ungenutzt; überspitzt ausgedrückt: Deutschland spart sich arm.

Beachtlicher Bildungsbedarf

Der Jugendstudie 2024 des Bundesverbandes deutscher Banken folgend, geben 40 % der 700 befragten 14- bis 24-jährigen an, in der Schule über Wirtschaft und Finanzen „so gut wie nichts“ gelernt zu haben. Weitere 40 % meinten „nicht so viel“. So weiß beispielsweise mehr als die Hälfte der jungen Menschen nicht, dass die Europäische Zentralbank (EZB) für Preisstabilität im Euroraum verantwortlich ist. Der Wunsch nach einem Schulfach, das Wirtschaftskompetenz und Finanzkenntnisse vermittelt, ist nicht nur nachvollziehbar, sondern wächst seit Jahrzehnten.

Die Ergebnisse dieser Studie, die sich nahtlos an frühere Befragungen reiht, korrespondieren mit Erkenntnissen, die der Hessenmonitor, eine Studie des Leibniz-Instituts für Finanzmarktforschung SAFE im Auftrag des Hessischen Finanzministeriums, unter knapp 500 Erwachsenen im Alter von 18 bis 35 Jahren ermittelte. Danach schwanken junge Erwachsene zwischen Neugierde, Unsicherheit und finanziellen Belastungen, soweit der Umgang mit Geld und Informationen über Finanzen betroffen ist. Es erscheint insofern nicht überraschend, dass rund ein Drittel der Befragten angibt, regelmäßig unter finanziellem Stress zu stehen. 14 % berichten, wegen ihrer Geldsorgen nicht schlafen zu können. Menschen mit einer niedrigen formalen Bildung sind hiervon besonders betroffen, da sie nicht nur weniger verdienen, sondern seltener Rücklagen bilden können. Die Auswirkungen sind enorm: Fast die Hälfte gibt an, aufgrund finanzieller Einschränkungen wichtige Lebensentscheidungen geändert oder aufgehoben zu haben.

Selbstverständlich gilt, dass der Staat nicht für die allgemeine Wohlfahrt zuständig ist. Und ebenso gilt, dass letztlich jeder für sich selbst verantwortlich ist. Aber die Rahmenbedingungen müssen stimmen, um Chancengleichheit auch in der Finanzbildung tatsächlich zu gewährleisten.

Initiative Finanzielle Bildung

Dabei hatte die vorherige Bundesregierung schon manches auf den Weg gebracht. So präsentierten der Bundesminister für Finanzen, Christian Lindner,

„*Der Schlusssatz der Präambel, neue Zuversicht zu stiften und unser Land umfassend zu erneuern, stimmt vorsichtig optimistisch, dass das auch für die finanzielle Bildung gilt. Sie ist ein wichtiger Schlüssel für die Zukunft.*“

sowie die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Bettina Stark-Watzinger, vor rund zwei Jahren erste Inhalte einer „Initiative Finanzielle Bildung“. Unter Einbindung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sollte eine Finanzbildungsstrategie erarbeitet und eine zentrale Finanzbildungsplattform geschaffen werden.

Anfang Dezember 2023 avisierten beide Ministerien in der Konferenz „Finanzielle Bildung für das Leben“ die vielfältigen Angebote auf der Plattform „Mit Geld und Verstand – Finanzielle Bildung zahlt sich aus“ bündeln und für unterschiedliche Zielgruppen aufbereiten zu wollen. Und Anfang Oktober 2024 legte das Bundesfinanzministerium endlich (!) den Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Finanzbildung vor. Danach sollte die



Es bleibt zu hoffen, dass die in Zeile 42 des Koalitionsvertrages verankerte Selbstverpflichtung „Wir stärken den sozialen Zusammenhalt“ mit dem Ziel von „mehr Chancengleichheit“ dazu führen wird, der Finanzbildung einen deutlich größeren Stellenwert als in den vergangenen Jahren einzuräumen.

Stiftung „Geld und Währung“ zu einer Stiftung für Finanzbildung weiterentwickelt werden.

Demokratiemüdigkeit

Vor diesem Hintergrund wäre es sinnvoll und notwendig gewesen, die „Initiative Finanzielle Bildung“ im Koalitionsvertrag weiter voranzutreiben. Denn finanzielle Ungleichheit ist ein zentrales Problem. Sie belastet nicht nur jede Gesellschaft, sondern sie begünstigt eine „Demokratiemüdigkeit“, zumal in einer Zeit, in der unser gesamtgesellschaftlicher Zusammenhalt vielfältigen Belastungsproben ausgesetzt ist. Anstatt dessen soll, so der Koalitionsvertrag, geprüft werden, „ob zur Durchsetzung marktüblicher Entgelte Kostendeckel für Basis-kontenentgelte und Dispozinsen erforderlich sind“. Das alte sozialdemokrati-

sche Mantra ist jedoch nicht nur rechtlich unzulässig, sondern schwächt den Finanzplatz Deutschland im europäischen Wettbewerb. Finanzgebildete Bürger können allein beziehungsweise wollen eigenverantwortlich entscheiden!

Die Koalitionäre wären gut beraten gewesen, wenn sie eine Nationale Finanzbildungsstrategie als einen – wissenschaftstheoretisch gesprochen – konzeptionellen Überbau verankert hätten, der perspektivisch qualitätsgesicherte Angebote über eine Plattform skaliert und Maßnahmen mit wissenschaftlicher Expertise unterlegt. Damit hätte der Aufbau einer personell und finanziell gut ausgestatteten, privat- oder öffentlich-rechtlichen Organisation mit der Absicht verbunden werden können, zentrale Fokusthemen zu definieren, passende Bildungsangebote zu entwickeln und zu erproben sowie zielgruppen- und praxis-

adäquat am Markt zu platzieren. Es wäre zugleich ein Beitrag zu einer stärkeren gesellschaftlichen Solidarität.

Es bleibt zu hoffen, dass die in Zeile 42 des Koalitionsvertrages verankerte Selbstverpflichtung „Wir stärken den sozialen Zusammenhalt“ mit dem Ziel von „mehr Chancengleichheit“ dazu führen wird, der Finanzbildung einen deutlich größeren Stellenwert als in den vergangenen Jahren einzuräumen. Der Koalitionsvertrag sei ein „lebendes Dokument“, sagte Friedrich Merz bei seiner Vorstellung. Der Schlusssatz der Präambel, neue Zuversicht zu stiften und unser Land umfassend zu erneuern, stimmt vorsichtig optimistisch, dass das auch für die finanzielle Bildung gilt. Sie ist ein wichtiger Schlüssel für die Zukunft – sowohl eines jeden einzelnen von uns als auch für unsere Gesellschaft. Und genau das entspricht der „Verantwortung für Deutschland“.